

BESCHLUSS

der Bundesschülertagung 2019

09./10. November 2019 in Mannheim

Beschluss A2

Jugendparlament/-rat

Die Schüler Union Rheinland-Pfalz fordert, dass Jugendparlamente/-räte populärer werden und bundesweit mehr Zuspruch bekommen, so dass sich Jugendliche noch aktiver politisch engagieren können. In Deutschland gibt es zwar schon vereinzelt Jugendparlamente/-räte, doch trotzdem wird in manchen Regionen dem Wunsch der Jugendlichen nach einem Jugendparlament/-rat nicht stattgegeben. Die Stimme der Jugend darf nicht unterdrückt werden, denn auch im 15. Kinder-und Jugendbericht aus dem Jahre 2017 steht zu lesen:

„Junge Menschen sind als Teil der politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland aktuell eingebunden u. a. in Auseinandersetzungen über die gesellschaftliche Pluralität, den Erhalt demokratischer Strukturen und den Fortbestand von Bürgerrechten. Dabei werden sie in verschiedenen Rollen und Teilhabeformen selbst zu politischen Akteuren“.

Außerdem verhelfen Jugendparlamente, sich politisch zu finden und zusammen etwas zu bewegen. Dadurch können die Jugendlichen ihre Meinung auch direkt vor Politikern vertreten und in Ausschüssen mitwirken.

Es gibt verschiedene Arten von Jugendparlamenten und diese unterscheiden sich auch in ihrem Aufbau.

Ein Beispiel ist das Jugendparlament in Wiesbaden, welches aus 31 Mitgliedern besteht, die für zwei Jahre gewählt werden und zwischen 14 und 18 Jahre alt sind. Wahlberechtigt sind alle 14-bis 21-jährigen mit dem Wohnsitz in Wiesbaden.

Eine weitere Forderung wäre, dass bestehende Jugendparlamente in größeren Städten sich auf Stadtteilebene zu einem Stadtjugendparlament zusammenfinden sollen.

Demnach gibt es verschiedene Modelle, welche allerdings an die Städte angepasst werden müssen und diese sollten flächendeckend in Deutschland, in den Städten und in den Landkreisen vorhanden sein.

Die Mitglieder eines Jugendparlaments müssen nicht zwingend einer politischen Jugendorganisation angehörig sein, aber die Bereitschaft haben, sich politisch zu engagieren. Der Kontakt mit den Politikern/-innen in ihrer Region ermöglicht den Jugendlichen einen Einblick in das politische Geschehen und gibt ihnen eine Stimme.

Die Schüler Union setzt sich für die Einrichtung von Jugendparlamenten ein und wird in ihren Städten und Kreisen die Initiative dazu ergreifen. Des Weiteren fordern wir einen Antrag und Rederecht der Jugendparlamente/-räte im kommunalen Bildungsausschuss.

In einem nächsten Schritt kann darüber nachgedacht werden, ob die regionale bzw. überregionale Zusammenarbeit von Jugendparlamenten angestrebt werden soll bis hin zu einem Bundesjugendparlament.

Begründung:

ggfs. mündlich

Antragsteller: Schüler Union LV Rheinland-Pfalz